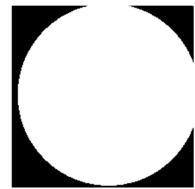


D**V****P****W**

Ausschreibung von Panelveranstaltungen für den 27. Wissenschaftlichen Kongress der DVPW „Grenzen der Demokratie / Frontiers of Democracy“ vom 25. bis 28. September 2018 an der Goethe-Universität Frankfurt am Main

Für den nächsten DVPW-Kongress im September 2018 schreibt der Vorstand insgesamt 80 wissenschaftliche Panels aus, die inhaltlich auf das Oberthema des Kongresses „Grenzen der Demokratie / Frontiers of Democracy“ abgestimmt sein sollen. Die Panels werden an den Nachmittagen des 26. und 27. September 2018 verteilt auf vier Zeitfenster mit jeweils eineinhalb Stunden Länge stattfinden.

Die Einreichungsbedingungen sind wie folgt:

- Jedes Panel soll von zwei Personen beantragt werden.
- Die Anträge können von einer oder von mehreren Untergliederungen der DVPW unterstützt werden.
- Die Vorschläge sollen neben dem Titel ein Abstract mit maximal 250 Wörtern enthalten und als pdf-Datei eingereicht werden.
- Panels können auf Deutsch oder Englisch vorgeschlagen werden.
- Eine Person kann sich mit maximal zwei Beiträgen für den Kongress bewerben. Dies gilt sowohl für die Beantragung von Panels als auch für die Beteiligung mit Vorträgen.
- Bis Ende November entscheidet ein Programmbeirat über die Annahme der Vorschläge.
- Einsendeschluss ist der **31. Oktober 2017**

Es können zwei Arten von Panels vorgeschlagen werden:

- **Geschlossene Panels**, für die neben dem Titel und dem Abstract bereits Vorschläge für alle vortragenden Personen und deren Vortragstitel eingereicht werden. Alle Panels sollen mit maximal vier Personen besetzt werden. Die Beteiligung ausländischer und jüngerer Kolleg/innen wird begrüßt.

- **Offene Panels**, für die zunächst nur der Titel und ein Abstract eingereicht werden. Nach Annahme durch den Programmbeirat im November erfolgt eine Ausschreibung der Vorträge auf der DVPW-Webseite. Die Bewerbung für die Vorträge erfolgt direkt bei den Panel Chairs bis zum 20. Januar 2018; diese suchen die Teilnehmenden für ihr Panel aus und teilen das Ergebnis dem Programmbeirat bis zum 12. Februar 2018 mit. Der Programmbeirat sichtet das Programm bis Ende Februar, anschließend wird es auf der DVPW-Webseite bekannt gegeben.

Wir möchten alle Bewerberinnen und Bewerber für die Panels bitten, ihr Abstract bis zum **31. Oktober 2017** an den Programmbeirat der DVPW zu senden (Kongress2018@dvpw.de). Wir möchten auch jungen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern die Chance eröffnen, sich an den Veranstaltungen der DVPW zu beteiligen; ebenso möchten wir erreichen, dass mehr Frauen als bisher aktiv am Kongress teilnehmen. Daher wird der Programmbeirat bei der Auswahl der Panels auf deren ausgewogene Zusammensetzung achten.

Bei Rückfragen zum Verfahren wenden Sie sich bitte an die DVPW-Geschäftsstelle (0541/969-6264).

Beschreibung des Kongressinhaltes

In den neunziger Jahren schien der endgültige Triumph der Demokratie zum Greifen nahe. In absehbarer Zeit, so die Hoffnung, würden fast alle Staaten der Erde demokratisch regiert

werden. Gleichzeitig zeigten sich in der Europäischen Union die Konturen einer neuen, postnationalen demokratischen Ordnung. Schließlich versprach die Zusammenarbeit der ehemaligen Blockstaaten eine friedlichere Welt, in der Konflikte mit den Mitteln des Rechts und der Diplomatie bearbeitet würden. Doch seit einigen Jahren erleben wir mit ungeahnter Wucht, dass sich nicht alle diese Hoffnungen erfüllt haben, dass demokratischer Regress und illiberale Formen der Demokratie möglich sind.

Demokratie und Liberalismus werden entkoppelt, wenn gewählte Regierungen ihre Macht nutzen, um Rechte von Minderheiten und Andersdenkenden zurückzudrängen. An Grenzen scheint die Demokratie auch zu stoßen, wenn soziale Ungleichheit zunimmt und sich in politische Ungleichheit übersetzt. Populistische Bewegungen verwenden das Vokabular der Demokratie, um gegen Pluralismus und etablierte Institutionen zu mobilisieren. Die demokratische Öffentlichkeit wird durch das Internet entgrenzt, aber die politische Kommunikation in den sozialen Medien verengt sich in Echokammern mit Gleichgesinnten. Auch die Ausweitung der Demokratie in der EU oder in internationalen Organisationen gerät ins Stocken. Teile der Bevölkerung lehnen weitere Integrationsschritte ab und befürworten eine Rückbesinnung auf nationale Souveränität. Starke Migrationsbewegungen provozieren Sehnsucht nach stabiler nationaler Identität, die sich gegen andere abgrenzt. Der Konflikt zwischen kosmopolitischen und partikularistischen Einstellungen spaltet Gesellschaften und wälzt etablierte Parteiensysteme um.

Schon mehren sich angesichts dieser Trends die Stimmen, die den Wert der Demokratie relativieren, gar eine Begrenzung der Demokratie fordern. Dabei ist das Grenzthema kein völlig neues: Die streitbare Demokratie muss Grenzen ziehen gegenüber ihren Gegnern, jede politische Gemeinschaft definiert Grenzen der Mitgliedschaft, wobei zunehmend diskutiert wird, wer für wen solche Grenzen ziehen darf. Seit Beginn demokratischer Praxis besteht eine Spannung zwischen idealerweise unbegrenzter Gestaltungsfreiheit demokratischer Selbstbestimmung und der von Experten bestimmten Sachnotwendigkeit, die oft als alternativlos deklariert wird. Auf der anderen Seite muss „Grenze“ nicht zwingend Abgrenzung und Einschränkung bedeuten. Die „frontier“ der Demokratie verweist auf die Erschließung neuer Verfahren und Gegenstandsbereiche, die bislang nicht oder unzureichend demokratisiert sind. Vielleicht ist nicht der Rückbau, sondern der entschiedene Ausbau der Demokratie die Antwort auf neue Problemlagen.

Auf dem DVPW-Kongress 2018 wollen wir also die Grenzen der Demokratie ausloten und diskutieren, wie politisch drängende Fragen politikwissenschaftlich analysiert werden können und welche Antworten sich aus unseren Forschungsergebnissen ableiten lassen. Es gilt zu erklären, welche – auch widersprüchlichen – Effekte die inhaltliche und räumliche Ausweitung der Demokratie hat und warum die dritte Transformation der Demokratie ins Stocken geraten ist. Wir wollen diskutieren, vor welchen Herausforderungen die Demokratie steht und wie sie reformiert werden kann, um diesen gewachsen zu sein. Ist „mehr Demokratie“ die Antwort, und was entgegnet die Politikwissenschaft jenen, die weniger Demokratie wünschen oder sie ganz ablehnen? Wie ist es um die Widerstandskraft der Demokratie bestellt und welche Neuerungen versprechen Erfolg?

Deutsche Vereinigung für Politikwissenschaft
www.dvpw.de, dvpw@dvpw.de, Tel. 0541/969-6264